

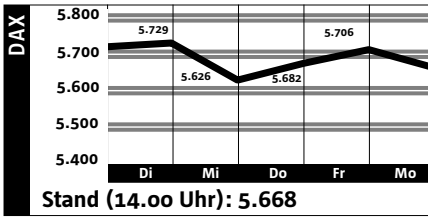
in kürze

**NICIS WM-MASKOTTCHEN**

**17 Millionen Umsatz**  
Der insolvente Plüschtierhersteller Ni-AM aus Oberfranken hat mit dem WM-Maskottchen „Goleo“ bislang einen Umsatz von rund 17 Millionen Euro erzielt. Auch nach dem WM-Finale am Sonntag würden die Plüschlöwen noch verkauft, hieß es. Die absolute Stückzahl könne er noch nicht nennen, sagte ein Unternehmenssprecher. (dpa)

**EUROZONE/2007**

**Slowenien ist dabei**  
Slowenien, wirtschaftliches Musterland unter den jüngsten zehn EU-Mitgliedern, kann zum 1. Januar 2007 den Euro einführen. Alle 25 EU-Finanzminister wollten gestern zustimmen, den von der Kommission vorgeschlagenen Wechselkurs für den Euro bei 239,64 Tolar festzusetzen. Slowenien wird das 13. Mitglied der Eurozone. (dpa)



**DIE BÖRSE**

**Schwacher Auftakt**  
Traditionell eröffnet Alcoa in den USA die Bilanz-Saison. Dass der Aluminiumries die Bilanz mit enttäuschenden Umsatzzahlen aufwartete, dämpfte gestern die Stimmung an der Börse. Zudem haben Technologiefirmen wie Lucent und AMD ihre Prognosen gesenkt. Der DAX fiel bis zum Nachmittag um ein Prozent auf 5.648 Punkte. (rt)

**MARKTPLATZ**

Dow Jones **11.103,55** (+ 12,88)  
TecDAX 50 **642,43** (- 4,08)  
EuroStoxx 50 **3.649,47** (- 17,04)  
Anleihen **4,00 % Rend.** (- 0,02)  
**1,2736** Dollar = 1 Euro (- 0,0016)  
**0,69225** Pfund = 1 Euro (+ 0,0002)  
**145,69** Yen = 1 Euro (+ 0,52)  
Feinunze Gold **628,35** \$ (+ 3,85)  
Barrel Rohöl **72,77** \$  
Stand 15.15 Uhr, Änderung zum Vortag in Klammern, Anleihen-Renditedurchschnitt, Dow v. Vortag

**Microsoft droht höhere Strafe**

**BRÜSSEL dpa** ■ Die EU-Kommission entscheidet heute über ein neues Millionen-Bußgeld gegen den US-Software-Hersteller Microsoft. Ziel ist mehr Wettbewerb im Softwaremarkt. Die Rede ist von einem ab 15. Dezember 2005 rückwirkend zu zahlenden Zwangsgeld in Höhe von zwei Millionen Euro pro Tag. Diese Strafe von rund 400 Millionen Euro würde zusätzlich zu dem bereits vor zwei Jahren verhängten Rekord-Bußgeld von 497 Millionen Euro fällig. Microsoft hatte damals gegen die Strafe geklagt. Das neue Bußgeldverfahren soll den Software-Konzern zwingen, sein Betriebssystem Windows für die Konkurrenz zu öffnen. Dies soll den Wettbewerbern ermöglichen, Windows-kompatible Produkte herzustellen. Microsoft erklärte bereits im April bei einer Anhörung vor dem Europäischen Gerichtshof, es gäbe genügend Wettbewerb auf dem Software-Markt.

**Arena-TV sendet auch in Südwest**

**BERLIN taz** ■ Der digitale Kabelsender Arena, bei dem künftig die Live-Rechte für die Fußball-Bundesliga liegen, kann sein Pay-TV-Programm jetzt auch ins Fernsehnetz in Baden-Württemberg einspeisen. Knapp einen Monat vor Beginn der neuen Liga-Saison hat Arena einen entsprechenden Vertrag mit Kabel BW geschlossen. Nach eigenen Angaben kann Arena damit nun rund 25 der 36 Millionen verkabelten Haushalte in Deutschland erreichen. Kabelempfang ist aber nur in Nordrhein-Westfalen, Hessen und Baden-Württemberg möglich. Alle übrigen 13 Bundesländer müssen bisher auf Satelliten-Empfang ausweichen, um Arena zu sehen. Hintergrund ist eine fehlende Einigung zwischen Arena und dem Marktführer Kabel Deutschland, der die 13 fehlenden Länder mit dem Fernsehsignal aus dem Kabel versorgt.  
meinung und diskussion SEITE 11

**Kenia: Abschied vom fünften Benz**

**NAIROBI ips** ■ Kenias Politiker sollen ihren Luxus-Fuhrpark verkleinern. In dem ostafrikanischen Land, wo mehr als die Hälfte der Menschen von weniger als einem Dollar pro Tag leben, unterhält jeder Minister vier bis fünf Wagen der Luxusklasse – auf Staatskosten. Das Finanzministerium will mit der Richtlinie „Ein Auto pro Minister“ 17 Millionen US-Dollar an laufenden Kosten sparen und in Entwicklungsprojekte investieren. Innerhalb der Kabinettsriege und ihren Mitarbeitern stößt die Richtlinie auf Widerstand. Bislang sind erst 100 der insgesamt 11.000 Wagen der Marken Mercedes und Volvo zu rückgegeben worden. Laut einer Studie von Transparency International werden die Luxuskarossen im Wesentlichen privat genutzt. Viele Beobachter glauben, dass die Richtlinie ohne Strafandrohung ins Leere laufen wird – wie schon 1998.

**„Steuerausfälle bis zu 15 Milliarden Euro“**

Niedrigere Steuersätze für Kapitalgesellschaften sollen Deutschland ab 2008 international wettbewerbsfähiger machen. Doch die Reform könnte in der jetzigen Form zu einem Debakel bei den Steuereinnahmen führen, warnt Steuerexperte Lorenz Jarass

**INTERVIEW TARIK AHMIA**

**taz: Herr Professor Jarass, die Koalition will die Steuersätze für Kapitalgesellschaften unter 30 Prozent drücken. Liegt sie da mit richtig?**  
**Lorenz Jarass:** Die Bundesregierung macht den zweiten Schritt vor dem ersten. Es wäre richtig, zunächst die steuerliche Bemessungsgrundlage zu verbreitern. Das heißt, die Regierung müsste sicherstellen, dass alle Unternehmen auf ihre in Deutschland erwirtschafteten Kapitalerträge auch tatsächlich Steuern bezahlen. Derzeit zahlen einige Unternehmen nur auf einen Teil ihrer Erträge Steuern. Erst danach sollten die nominalen Steuersätze gesenkt werden.  
**Eine breitere Bemessungsgrundlage wird aber in den Eckpunkten zur Steuerreform nicht vorausgesetzt.** Und damit droht die Reform ein Fehlschlag zu werden, so wie die letzte Steuerreform von 2001. Insgesamt hat der Staat dadurch bis heute an die 100 Milliarden Euro Einnahmen verloren. Wenn auch diesmal die Bemessungsgrundlage nicht verbreitert wird, dann ist die Reform eine simple

**STEUERREFORM 08**

Die Eckpunkte für eine Reform der Besteuerung von Unternehmen in Deutschland sollen heute im Kabinett beschlossen werden. Union und SPD hatten sich bereits vergangene Woche auf eine steuerliche Entlastung der Unternehmen in Höhe von zunächst fünf Milliarden Euro im Jahr verständigt. Das ist weniger, als von der Wirtschaft erhofft. Die Details der Steuerreform sind aber noch ungeklärt.  
Finanzminister Peer Steinbrück plant eine glatte Halbierung des derzeitigen Körperschaftsteuersatzes von 25 Prozent auf dann nur noch 12,5 Prozent. Zusammen mit den kommunalen Gewerbesteuren soll die nominale Belastung der Kapitalgesellschaften von jetzt rund 39 Prozent auf unter 30 Prozent fallen. Zugleich will Steinbrück auch Steuern auf die Hälfte aller gezahlten Zinsen, Mieten, Pachten und Lizenzgebühren erheben. So sollen beliebte Steuer-Vermeidungstricks erschwert werden. Doch dieser Schritt ist umstritten. LIEB

Steuersatzsenkung mit bis zu 15 Milliarden Euro Steuerausfall pro Jahr. Dafür würden dann wieder Arbeitnehmer, Rentner und Selbständige zur Kasse gebeten.  
**Wieso ist die Bemessungsgrundlage so wichtig?** Weil das deutsche Steuersystem internationale Investoren gegenüber inländischen massiv bevorzugt. Während die auf den deutschen Markt konzentrierten Firmen ihre Erträge mit bis zu 40 Prozent versteuern müssen, können ausländische Investoren ihre steuerliche Bemessungsgrundlage bis auf null herunterrechnen. Die Masche ist immer die gleiche: Sie kaufen deutsche Firmen auf und finanzieren den Kaufpreis zum großen Teil mit dem Eigenkapital der aufgekauften Firma und mit Krediten. Die Schuldzinsen werden dann aus den Gewinnen der Firmen zurückerstattet. So werden aus bisher steuerpflichtigen Gewinnausschüttungen plötzlich steuerfreie Schuldzinsen. Das ist völlig irrational.  
**Wie lässt sich die ungerechte steuerliche Behandlung zwischen inländischen und ausländischen Investoren beseitigen?** Die Verwandlung von steuer-

pflichtigen Gewinnen in steuerfreie Schuldzinszahlungen darf nicht mehr möglich sein. Die Lösung dafür ist, in Zukunft nicht nur die Gewinne, sondern auch die in Deutschland ausgezahlten Schuldzinsen und Lizenzgebühren zu versteuern. Sie sollten voll der Gewerbesteuer zugerechnet werden. So könnte sich der Staat von allen Kapitalentgelten einen gleichmäßigen Anteil von 20 Prozent sichern. Erst dann lassen sich im Gegenzug die nominalen Sätze der Körperschaftsteuer aufkommensneutral senken.  
**Die Bundesregierung drängt aber auf eine sofortige Senkung der hohen nominalen Steuersätze für Unternehmen, weil sie darin einen Standortnachteil für Deutschland sieht.** Es ist richtig, dass die nominalen Steuersätze für Kapitalgesellschaften in Deutschland mit fast 40 Prozent im internationalen Vergleich zu hoch sind. Gleichzeitig zahlen die Firmen in Deutschland aber mit den niedrigsten tatsächlichen Ertragsteuern in Europa. Sie liegen nach unseren Berechnungen für 2004 und 2005 bei rund 15 Prozent. Die EU-Kommission gibt die tatsächliche Belastung der Unternehmens- und privaten Vermö-

genseinkommen in Deutschland mit rund 20 Prozent an. Alle anderen westlichen EU-Länder liegen bei 25 Prozent oder darüber.  
**Die Bundesregierung rechnet durch die Reform mit mindestens fünf Milliarden Euro Steuerausfällen. Gleichzeitig hofft sie, dass die Reform durch ihre positiven Auswirkungen auf die Wirtschaft langfristig aufkommensneutral ist.** Mit dieser Hoffnung wird die Regierung genauso auf die Nase fallen wie schon bei ihrer letzten Steuerreform. Wir sind international sehr stark verflochten. Deshalb muss der deutsche Gesetzgeber Steuergesetze so machen, dass die internationalen Kapitalinvestoren aus ihrem eigenen Interesse heraus das tun, was der Staat für sinnvoll hält. Arbeitsplätze erhalten und Investitionen in Deutschland fördern. Bessere Abschreibungsmöglichkeiten für Investitionen würden das viel eher leisten als niedrigere nominale Steuersätze.  
**LORENZ JARASS** ist Wirtschaftsprofessor und Steuerexperte an der Fachhochschule Wiesbaden.  
FOTO: PRIVAT

**Sonar soll Walen weniger schaden**

Walschützer und US-Militär einigen sich auf Kompromiss beim Einsatz des umstrittenen Mittelfrequenz-Sonars

**BERLIN taz** ■ Amerikanische Naturschützer haben sich mit dem US-Militär auf einen Kompromiss über den Einsatz des so genannten Mittelfrequenz-Sonars geeinigt. Die Technologie zum Aufspüren von U-Booten steht im Verruf, schwere Schäden im Orientierungssystem von Meeressäugern zu verursachen.  
Nun erklärte sich die US-Marine bereit, während einer alle zwei Jahre stattfindenden Militärübung nahe Hawaii auf sämtlichen Schiffen und per Lufttraumüberwachung nach den Meeressäugern Ausschau zu halten. Zudem dürfen die Militärs das Sonar nur mit einem Mindestabstand von 46 Kilometern zu einem Meeresschutzgebiet bei Hawaii einsetzen. Dies geht aus einer Übereinkunft zwi-

schendem Internationale Tierschutz-Fonds (IFAW) und dem Nature Resources Defense Council (NRDC) mit der US-Marine hervor.  
Die Einigung kam erst zustande, nachdem das NRDC und andere amerikanische Umweltschutzgruppen vor einem US-Bundesgericht ein zeitlich begrenztes Verbot des Sonar-Einsatzes erwirkt hatten. Der US-Navy wurde vorgeworfen, bewusst die Umweltfolgen des geplanten Einsatzes zu missachten und damit gegen ein amerikanisches Umweltgesetz zu verstoßen. „Mit dem Kompromiss haben wir für das jetzige Manöver immerhin einigen Schutz für die Wale erreicht“, sagt Greg Wetstone, Leiter des IFAW-Büros in Washington.



Grauwal im Pazifik: künftig wenigstens ein bisschen sicherer vor den Sonaren der US-Navy FOTO: REUTERS

Seit über zehn Jahren streiten Umweltschützer mit der US-Marine über die Sonartechnik. Zahlreiche Massenstrandungen und Todesfälle von Walen und Delfinen sind mit deren Einsatz in Verbindung gebracht worden, darunter Vorfälle in den Gewässern um Hawaii, die Kanarischen Inseln und die Bahamas. Die gestrandeten Meeressäuger wurden mit blutenden Augen und

Ohren sowie mit Verletzungen ihres Organgewebes aufgefundene. Biologen zeigen sich besorgt, dass diese Fälle nur die Spitze des Eisbergs sein könnten und viele Tiere auf See sterben und zu Boden sinken.  
Die Navy möchte in Zukunft mit Hilfe mächtiger Schallwellen 75 Prozent der Weltmeere auf der Suche nach feindlichen U-Booten durchkämmen.

Die zwei derzeit vorhandenen Spezialschiffe sind mit 18 Lautsprechern ausgerüstet. Durch sie werden Schallwellen mit einer Frequenz von 250 bis 500 Hertz und bis zu 215 Dezibel ausgestoßen, welche hunderte von Kilometern zurücklegen können. Akustiker verglichen den dabei entstehenden Lärmpegel mit dem einer startenden Raumfähre. VOLKER HOLLMICHEL

**Atomindustrie darf auf Hermes hoffen**

Grüne werfen Bundesregierung die Förderung von Atomexporten vor. Aber auch Rot-Grün war dem nicht abgeneigt

**FREIBURG taz** ■ Wird die Bundesregierung künftig verstärkt den Export von Atomtechnik mit staatlichen Hermesbürgschaften absichern? Diese Befürchtung äußerten die Grünen im Bundestag auf eine Anfrage des Abgeordneten Reinhard Loske hin, ob die Regierung an den nationalen Leitlinien von Juni 2001 festhält. Diese schließen aus, dass Exporte von „Nukleartechnologien

zum Neubau beziehungsweise zur Umrüstung von Atomanlagen“ staatlich gefördert werden. Die reichlich karge Antwort aus dem Wirtschaftsministerium: „Entscheidungen in diesem Zusammenhang hat die Bundesregierung nicht getroffen.“  
Loske folgert daraus, dass die Koalition jedenfalls nicht ausschließt, „deutsche Atomexporte künftig mit Steuergeldern zu

subventionieren“. Entsprechende Anträge der deutschen Atomindustrie dürften nur eine Frage der Zeit sein. Schließlich locken gute Geschäfte im Ausland – für den in Bau befindlichen Reaktor Belene in Bulgarien etwa oder den Umbau der Reaktoren Mochovec und Bohunice in der Slowakei. Da den Unternehmen selbst das finanzielle Risiko zu groß sei, so Loske, wollten sie

„ihre Exporte durch Subventionen via Bürgschaften vergolden lassen“. Für Belene etwa bewirbt sich auch die deutsch-französische Areva NP.  
Henrik Paulitz, Atomenergieexperte der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, kritisiert jedoch: „Es war natürlich keinesfalls so, dass unter Rot-Grün Atomexporte ausgeschlossen waren.“ So vergab

die Regierung 1999 eine Hermesbürgschaft über 36 Millionen Mark für die Nachrüstung des slowenischen AKW Krsko durch Siemens. Und sie propagierte den Export der Hanauer Anlage zur Fertigung plutoniumhaltiger MOX-Brennelemente nach China. Zudem wurde im Dezember 2003 bekannt, dass die Bundesregierung entschieden hatte, Siemens eine Hermesbürgschaft für den Neubau eines AKW in Finnland zu gewähren. Siemens zog den Antrag aber nach massiven öffentlichen Protesten selbst zurück. BERNWARD JANZING